



## **PRESSEROHSTOFF (Auszüge aus dem OECD-Bericht, November 2013)**

### **OECD Länderbericht zur Schweizer Wirtschaftspolitik: Robuste Wirtschaftslage - schwache langfristige Produktivitätsentwicklung**

---

#### **Dank robuster Inlandnachfrage und expansiver Geldpolitik hält sich die Schweizer Wirtschaft gut**

In den vergangenen Jahren entwickelte sich die Schweizer Wirtschaft zufriedenstellend. Gleichzeitig verzeichnete der Schweizer Franken einen starken Wertanstieg, insbesondere aufgrund der Kapitalzuflüsse ausgelöst durch seine Rolle als «sicherer Hafen». Dies führte zu zwei Jahren mit schwacher Deflation und gefährdete die Wirtschaftstätigkeit in der Schweiz. Die Leitzinsen wurden im Wesentlichen nahezu auf null gesenkt. Der vor zwei Jahren eingeführte Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro führte zu einer bedeutenden Ausweitung der Bilanzsumme der Schweizerischen Nationalbank. Die Immobilienpreise sind weiterhin stark gestiegen, vor allem an besonders nachgefragten Orten. Dies ist auf das niedrige Zinsniveau, aber auch auf ein knappes Angebot bei robuster Nachfrage, insbesondere durch die Einwanderung in den letzten Jahren, zurückzuführen. Trotz strikterer makroprudenzieller Massnahmen gibt es kaum Anzeichen für eine Beruhigung auf dem Immobilienmarkt.

Der Mindestkurs bleibt in Kraft, da die Inflation nach wie vor bei null liegt, das Risiko neuer Kapitalzuflüsse aufgrund der Rolle des Schweizer Frankens als «sicherer Hafen» weiterbesteht und die wirtschaftlichen Ressourcen nicht ausgeschöpft werden. Der Haushaltssaldo auf Bundesebene wie auch in den meisten Kantonen ist weiterhin gesund, dank dem robusten Wirtschaftswachstum und der Anwendung der Schuldenbremse, welche Ausgabensteigerungen im Verlauf des Konjunkturzyklus beschränkt hat.

#### *Empfehlungen zu Geld- und Fiskalpolitik, zur Finanzmarktregulierung und zum Immobilienmarkt*

- Wenn sich erneut inflationäre Tendenzen zeigen und die Risiken der Weltwirtschaft ausgewogener sind, sollte die Schweizerische Nationalbank zu flexiblen Wechselkursen zurückkehren und ihren Leitzins anheben.
- Bei einer Zunahme der Ungleichgewichte auf dem Hypothekar- und dem Immobilienmarkt sollten zusätzliche makroprudenzielle Massnahmen wie eine Erhöhung des antizyklischen Puffers getroffen werden.
- Im Rahmen der Schuldenbremse könnte eine Überprüfung der Ausgabenprioritäten angebracht sein; insbesondere wäre es mittelfristig sinnvoll, die öffentlichen Ausgaben vermehrt auf die Stärkung der Produktivität auszurichten.

## Die Umweltziele einzuhalten und gleichzeitig eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten ist nicht einfach

Die Schweiz wird ihre unter dem Kyoto-Protokoll festgelegten Ziele für die Periode 2008–12 voraussichtlich erreichen, grösstenteils dank internationaler Kompensationen. Allerdings wird die Realisierung des Reduktionsziels von 20% der inländischen Emissionen bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 eine grössere Herausforderung darstellen. Die von der Regierung verabschiedete Energiestrategie 2050 sieht einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernkraft und eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien vor. Bis 2020 basiert diese Strategie auf der Unterstützung von zurzeit noch nicht marktreifen Technologien, um die festgelegten Versorgungsziele zu erreichen, aber auch auf ehrgeizigen Effizienzzielen. So soll nach der Einstellung der Produktion von Kernenergie diese vorwiegend durch erneuerbare Energien ersetzt werden und ihr Wegfall durch eine effizientere Stromnutzung kompensiert werden. Die verbleibende Nachfrage könnte durch Erdgaskraftwerke oder durch Stromimporte gedeckt werden.

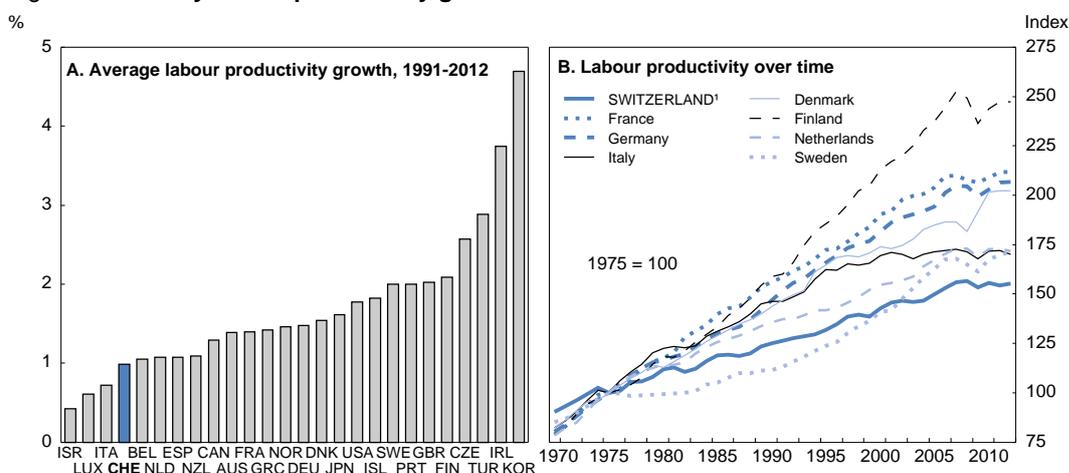
### Empfehlungen zur Nachhaltigkeit im Umweltbereich

- Beim Übergang von der Kernenergie zu erneuerbaren Energien sollte den Marktmechanismen ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.
- Eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen sollte eingeführt werden, um das relativ kostengünstige Potenzial zur Reduktion der Treibhausgasemissionen im Transportsektor zu nützen.
- Die privaten und öffentlichen Forschungsaktivitäten im Energiebereich sollten vermehrt gefördert werden, und die Zusammenarbeit mit ausländischen Forschern sollte fortgesetzt werden, um die Umsetzung der Energiestrategie 2050 zu erleichtern.

## Langfristig betrachtet sind Wachstum und Produktivitätsgewinne bescheiden

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte wurde das BIP-Wachstum durch die Einwanderung und seit Anfang des 21. Jahrhunderts insbesondere durch die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem EU-Raum begünstigt. Die Arbeitsproduktivität stieg deutlich langsamer als in anderen OECD-Ländern und liegt heute klar unter jener der leistungsfähigsten Länder in diesem Bereich.

Figure 1.5. Hourly labour productivity growth in selected OECD countries

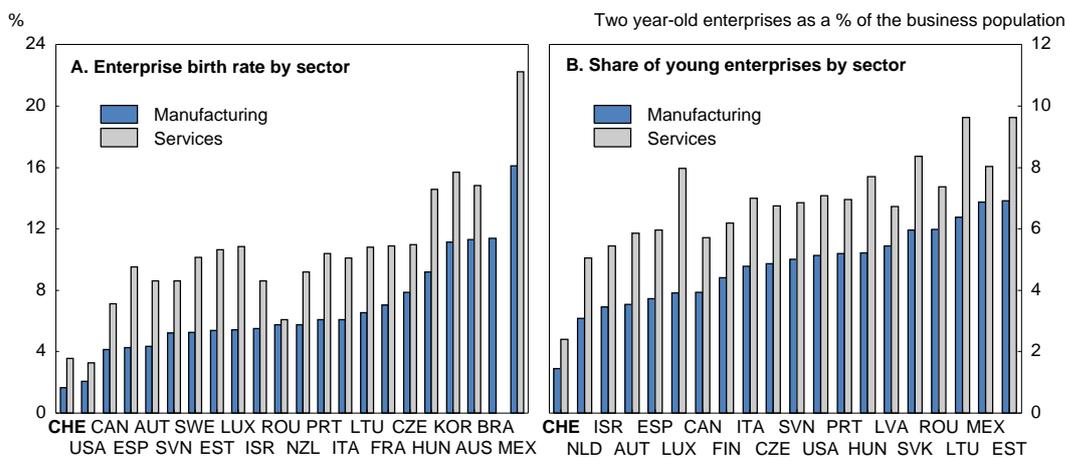


1. The 1991 structural break in Switzerland's hours worked series was adjusted by splicing using mean contiguous growth rates. Source: OECD Productivity Database.

Mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und der Verlangsamung der Einwanderung muss der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik noch stärker auf Massnahmen gelegt werden, die die Produktivität steigern und die Verwendung bislang ungenutzter Arbeitskräftepotenziale, besonders bei Frauen (siehe weiter unten), fördern. Ausserdem sollte die Arbeitsmarktintegration von Immigrantinnen und Immigranten der ersten und zweiten Generation weiter verbessert werden, insbesondere durch eine Verbesserung ihrer Bildungsergebnisse. Die Forschung und Entwicklung in den etablierten Sektoren entwickelt sich anhaltend gut, doch ist die Lage beim Unternehmertum und bei der Gründung neuer Unternehmen wenig dynamisch, unter anderem aufgrund administrativer Hürden.

Figure 1.24. Enterprise formation in selected OECD countries, 2010 or latest available year

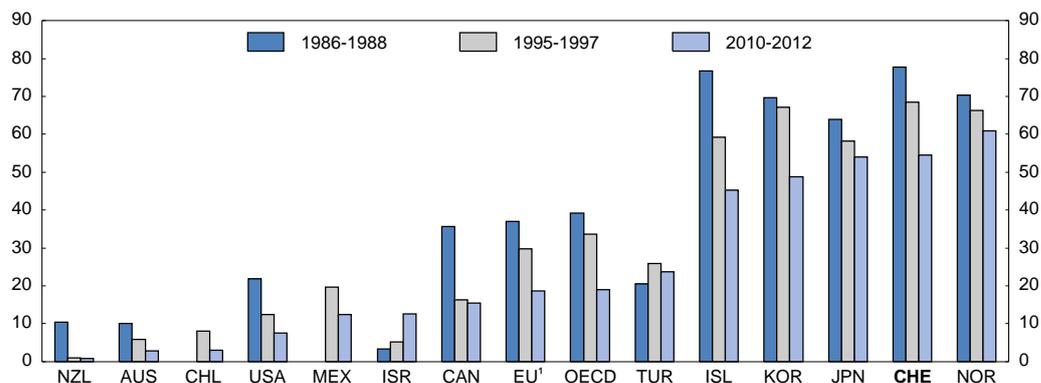
Enterprises with 5 to 9 employees, % of business population



Source: OECD, Entrepreneurship at a Glance 2013.

Die Produktivität des Agrarsektors zählt zu den niedrigsten innerhalb der OECD. Der Sektor stützt sich zu einem hohen Mass auf direkte Subventionen des Staates, die weiterhin unzureichend an Umweltergebnisse und Anstrengungen zur Produktivitätssteigerung gekoppelt sind.

Figure 11. Producer Support Estimate (PSE) as a percentage of gross farm receipts in OECD comparison



1. EU15 for 1986-88 and 1995-97; EU27 for 2010-12.

Source: OECD, PSE/CSE database 2013.

### *Empfehlungen zur Steigerung des langfristigen Wachstums und der Produktivität*

- Reformen im Agrarbereich sollten vorangetrieben werden, mit dem Übergang zu einem reinen System der Direktzahlungen und der stärkeren Einbindung der ganzen landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette in den Welthandel.
- Den Problemen von Jugendlichen mit schulischen Schwierigkeiten sollte innerhalb des Bildungssystems im Rahmen einer allgemeinen Integrationspolitik abgeholfen werden. Die Lehrkräfteausbildung sollte vermehrt auf den Erwerb praktischer Kompetenzen zur Unterstützung von schwächeren Schülern ausgerichtet werden.
- Die Ursachen der mittelmässigen Ergebnisse bei der Produktivitätsentwicklung sollten identifiziert und Massnahmen zur Abhilfe vorgeschlagen werden, beispielsweise durch die Schaffung einer Produktivitätskommission.
- Der Unternehmensgründungsprozess sollte vereinfacht werden, indem die Zahl der Verfahrensschritte und die dafür erforderliche Zeit reduziert werden. Auch die Verfahren bei der Liquidation von Unternehmen sollten vereinfacht werden, einschliesslich die Regelung im Konkursfall.
- Die Position von Frauen und ausländischen Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt sollte verbessert und ihr Potenzial besser genutzt werden. Die ausländischen Arbeitnehmenden sollten unterstützt werden, indem bestehende Massnahmen in Bereichen wie der frühzeitigen Aktivierung und der Bekämpfung von Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt verstärkt werden.

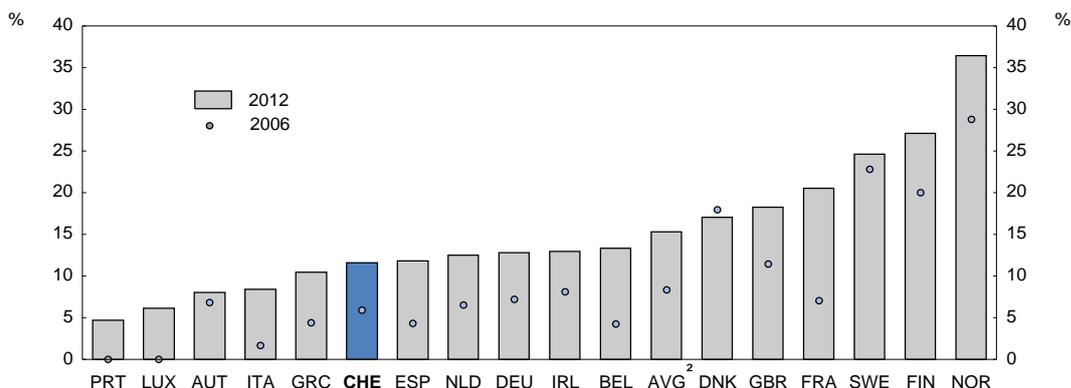
### **Das Potenzial der Frauen in der Wirtschaft wird ungenügend genutzt**

Die Frauen machen in der Schweiz 45% der Arbeitnehmenden und rund die Hälfte der Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus. Wenn dieses Humankapital besser genutzt würde, könnte es zu zusätzlichem BIP-Wachstum beitragen. Verschiedene Hindernisse stehen allerdings einer besseren Nutzung des wirtschaftlichen Potenzials der Frauen im Weg, unter anderem das ungenügende Angebot und die hohen Kosten der Betreuung von Kindern im Vorschul- und Schulalter.

Dieser Umstand, sowie die negativen Anreize für Zweitverdiener, die sich aus den hohen impliziten Grenzsteuersätzen sowie den Sozialleistungen ergeben, erklärt, dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Schweiz zwar relativ hoch ist, jedoch auch der Anteil der Teilzeitarbeit von Frauen zu den höchsten im ganzen OECD-Raum zählt.

Zudem sind Frauen an ihrem Arbeitsplatz auch mit kulturellen Hindernissen konfrontiert. Sie sind in Führungspositionen, Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen weiterhin stark untervertreten.

Figure 2.35. Share of women on company boards of Europe's largest companies,<sup>1</sup> 2012

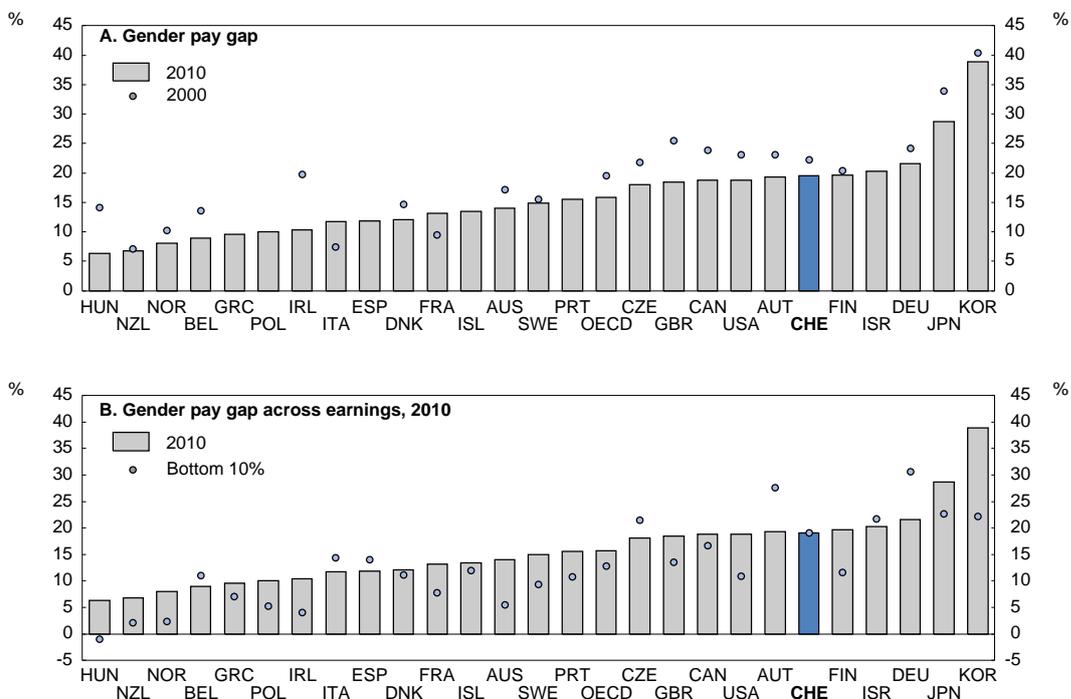


1. With market capitalisation of at least EUR 4 billion.
2. Weighted average across displayed countries.

Source: European Board Diversity Analysis 2012.

Bei der Beseitigung der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen macht die Schweiz nur langsame Fortschritte. Das Bruttolohngefälle – das dem Unterschied zwischen dem Medianlohn der Männer und jenem der Frauen entspricht – belief sich 2010 auf 18,4%. Zur Reduktion und längerfristigen Beseitigung der Lohndiskriminierung stehen verschiedene Optionen offen, zum Beispiel die Gewährleistung einer besseren Einhaltung des bestehenden rechtlichen Rahmens oder die Förderung der Lohntransparenz.

Figure 2.28. Trends in gross gender pay gaps



1. Defined as the difference between male and female median wages divided by male median wages. Data refer to 2009 (instead of 2010) for Ireland, Denmark, Sweden, the Czech Republic, Austria, Switzerland, Finland, Israel, Germany, Korea and to 2008 for Belgium, France, Greece, Iceland, Italy, Poland, Portugal, Spain; and to 1999 (instead of 2000) for the Czech Republic.

Source: European LFS, 2010; Current Population Survey, March 2009, for the United States; OECD Employment Database.

### *Wichtigste Empfehlungen zur Stärkung der Rolle der Frauen in der Wirtschaft*

- Die Möglichkeiten der Frauen auf dem Arbeitsmarkt sollten erweitert werden, indem die Ausgaben der öffentlichen Hand für Kinderbetreuungsangebote im Vorschul- und Schulalter erhöht werden und die Reglementierung dahingehend angepasst wird, dass die Angebote im Bezug aufs Preis-Leistungsverhältnis diversifiziert werden können.
- Die «Heiratsstrafe» bei den Steuern sollte auf Bundesebene beseitigt werden, indem die gemeinsame Besteuerung der Ehegatten durch eine individuelle Besteuerung ersetzt oder eine andere Massnahme mit gleicher Wirkung getroffen wird.
- Ein auf Gleichstellungszielen basierender Corporate-Governance-Kodex sollte eingeführt werden, um die Anzahl der Frauen in Geschäftsleitungen zu erhöhen.
- Der Frauenanteil in Verwaltungsräten sollte entweder durch die Festlegung ambitionierter Ziele mit dem Prinzip «Comply or Explain» oder durch die Einführung von Quoten gesteigert werden.